

Massimiliano Livi und Christian Jansen

Giorgia Meloni und der Rechtsruck in Italien: Eine Analyse fünf Monate nach der Wahl¹

Am 22. Oktober 2022 legte Giorgia Meloni, die Chefin der nationalistischen und konservativen, »postfaschistischen« Partei *Fratelli d'Italia*,² ihren Amtseid als Premierministerin ab. Knapp fünf Monate später wollen wir eine erste Bilanz ziehen, die Folgen der Wahl analysieren und Spezifika der italienischen Rechten und extremen Rechten beleuchten.

Zur Regierungskoalition der Ministerpräsidentin gehören neben ihrer eigenen Partei, die auf 26 Prozent kam, zwei Juniorpartner mit je neun Prozent der Stimmen: die fremdenfeindliche und föderalistische *Legha* (bis 2018 *Legha Nord*) und Berlusconi's liberal-populistische *Forza Italia*. Aufgrund der Besonderheiten des italienischen Wahlgesetzes haben die drei Regierungsparteien in beiden Parlamentskammern (*camera* und *senato*) breite Mehrheiten. Zum ersten Mal wurde nach einem komplizierten Grabenwahlrecht gewählt, das im Senat 74 von 200 und in der Abgeordnetenkammer 147 von 400 Sitzen in Ein-Personen-Wahlkreisen vergibt. Die übrigen Sitze werden in 28 Regionalwahlkreisen nach dem Verhältniswahlrecht verteilt. Während die heutige Opposition, die im Wesentlichen aus dem *Partito Democratico*, der *Movimento 5 Stelle* und dem sozialliberalen Bündnis *AzioneItalia Viva* besteht, getrennt antrat, stellten die nun regierenden Mitte-Rechts-Parteien überall gemeinsame Kandidat:innen auf. Deshalb gewann Mitte-Rechts im Senat 59 und in der Abgeordnetenkammer 121 Direktmandate und erzielte so mit nur 44 Prozent der Stimmen eine Mehrheit von knapp 60 Prozent der Mandate in der Abgeordnetenkammer (237) und im Senat (115).

1. Bilanz der ersten fünf Monate

Im Vergleich zu den ersten 100 Tagen früherer Regierungen hat sich das derzeitige Kabinett außerordentlich zurückgehalten. Zu Beginn einer Legislaturperiode dauert es zwar immer einige Zeit, bis sowohl das Parlament als

1 Der Text wurde Ende März 2023 verfasst und spiegelt unseren damaligen Kenntnisstand und Standpunkt wider. Alle Übersetzungen der italienischen Zitate durch die Autoren.

2 Der Parteiname bedeutet »Brüder Italiens« und ist der Beginn der italienischen Nationalhymne.

auch die Regierung in vollem Umfang handlungs- und funktionsfähig sind. So müssen die Kammern Präsidien, Ausschüsse und anderes wählen, was den Gesetzgebungsprozess verlangsamt. Dennoch ließ sich die Regierung Meloni auffällig viel Zeit und verabschiedete nur sieben Gesetze endgültig. Die erste Regierung von Romano Prodi 1996 hatte in der gleichen Zeit bereits 23 umgesetzt und Silvio Berlusconi am Anfang seiner IV. Regierung (2008) immerhin 18 verabschiedet. Allerdings geht keines der bisherigen Gesetze der Regierung Meloni auf eine Initiative von Abgeordneten oder Senator:innen zurück, alle wurden von der Regierung ins Parlament eingebracht, und das unterscheidet das Kabinett Meloni stark von allen früheren Regierungen. Diese Dominanz der Regierung bei der Gesetzgebung wird durch den massiven Einsatz von Dekreten verstärkt, die ohne Mitwirkung des Parlaments Gesetzeskraft erlangen, aber innerhalb von 60 Tagen vom Parlament bestätigt werden müssen. Zudem griff Meloni ungewöhnlich häufig (fünfmal bei den nur sieben Gesetzen bisher) zum Mittel des Vertrauensvotums (*voto di fiducia*), das die Debatte im Parlament beendet und die Fraktionen zwingt, geschlossen abzustimmen. Zwar ist dies am Anfang von neuen Legislaturperioden üblich, aber so oft wie die Regierung Meloni setzte noch keine Vertrauensvoten ein, um in den ersten 100 Tagen Gesetze zu verabschieden. Möglicherweise ein Signal Melonis, dass sie ohne Querschüsse aus den Koalitionsfraktionen »durchzuregieren« gedenkt.

Allerdings wankte die solide Mehrheit der Regierung Meloni bereits Ende Dezember, als die Regierung ein Dekret, mit dem sie wenige Tage nach ihrer Machtübernahme Rave-Partys untersagt hatte, im Parlament in ein höchst umstrittenes Gesetz umwandeln ließ. Es verbietet ungenehmigte Versammlungen von mehr als 50 Personen – auch auf Privatgelände, sobald Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht. Ein solcher Gummiparagraf lässt sich leicht auch gegen unliebsame politische Versammlungen einsetzen und wurde deshalb vielfach als Beleg für die befürchtete autoritäre Wendung unter Meloni interpretiert. Mit der nur knappen Mehrheit von acht Stimmen passierte das Gesetz zwar das Parlament, doch verweigerten viele Liberale aus Berlusconis Partei ihre Zustimmung, was als Kritik an Melonis forschem Regierungsstil gewertet werden kann.

Wo sie bisher in der Wirtschafts- und Finanzpolitik handelte, setzte die neue Regierung den Kurs ihres Vorgängers Mario Draghi fort und fügte sich den Forderungen Brüssels. Insbesondere folgte sie strikt den Vorgaben des *Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza*, der die Bedingungen für die Auszahlung der von der EU bereitgestellten 135 Milliarden Euro zum Wiederaufbau nach der Corona-Pandemie nennt. Angesichts dieser dringend benötigten Milliardenhilfen hatte die Regierung nur begrenzten Handlungsspielraum. Politischen Mut bewies Melonis Regierung mit der Aufhebung

der Preisbremse auf Treibstoffe ab dem 1. Januar 2023, was zu einem Streik der Tankstellenbetreiber führte. Meloni wurde vorgeworfen, dass sie ihre Überzeugungen aufgegeben habe. Zudem waren einige Dekrete schlecht ausgearbeitet und mussten überarbeitet werden, was der Regierung weitere Angriffe bescherte.

Ein anderer wichtiger Indikator für eine erste Bilanz ist die Europapolitik. Einerseits hatte sich die neue Regierung die Stärkung der Souveränität und die Sicherung nationaler Interessen auf die Fahnen geschrieben, eine strengere Einwanderungspolitik angekündigt und eine härtere Haltung gegen illegale Migration und Schleuserkriminalität versprochen. Andererseits verhielten sich die Regierung und insbesondere die Ministerpräsidentin im Vergleich zur Programmatik und Wahlkampfrhetorik der beteiligten Parteien außenpolitisch bisher konstruktiv.³ Zur Europäischen Union nahm Meloni eine kompromissbereitere Haltung ein als erwartet, hatte sie sich doch in der Opposition und im Wahlkampf gegen einige zentrale Punkte der Politik der EU ausgesprochen, wie etwa die Festlegung von Klimazielen und die ihr zu moderate Ausrichtung der Flüchtlingspolitik. Zur Migration suchte Meloni einerseits den Dialog mit den europäischen Partnern, setzte sich aber andererseits für eine effektivere Bekämpfung von illegaler Einwanderung ein. Und obwohl die italienische extreme Rechte immer antiamerikanisch war, erklärte die Regierung Meloni, ihre Beziehungen zu Washington verbessern und sich aktiver in der internationalen Sicherheitspolitik, im Kampf gegen den Terrorismus und in den transatlantischen Beziehungen einbringen zu wollen.

Nach dem Untergang eines Flüchtlingsbootes am 26. Februar 2023 vor der Küste von Crotone mit mehr als 60 Todesopfern zeigte sich, dass die Regierung Meloni den europäischen Dialog zu diesem Thema prägen will, indem sie sich auf eine »Ausreiseblockade« konzentriert. Außerdem erließ die Regierung als erste wichtige Maßnahme im Jahr 2023 ein »Dekret gegen NGOs«, das mit wenigen Ausnahmen die Durchfahrt oder den Aufenthalt von Rettungsschiffen in den italienischen Hoheitsgewässern verbietet. Zugleich verfolgt die Meloni-Regierung eine Politik der »geschlossenen Häfen«, die für die EU-Kommission gegen die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Aufnahme von Flüchtlingen und Migrant:innen verstößt. Insbesondere schränkte sie die Arbeit von Hilfsorganisationen stark ein, was aber nichts daran änderte, dass die Zahl der ankommenden Flüchtlinge stark steigt. 2023 kamen bisher viermal so viele wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Außerdem fordert Meloni eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen und eine gerechtere Verteilung der Migrant:innen innerhalb der

3 Vgl. Stefano Folli in De Palo 2023.

Union. Diese Forderungen sind innerhalb der EU mittlerweile mehrheitsfähig geworden, wie der Brüsseler Sondergipfel Anfang Februar gezeigt hat. Praktische Folgen hatte er aber bisher nicht. Jedoch stärkte Kommissionspräsidentin von der Leyen Meloni einige Tage nach dem Schiffbruch vor Crotone demonstrativ den Rücken. Sie lobte das Engagement Italiens und betonte, dass eine solide Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten wichtig sei, um das Problem der Einwanderung »wirksam anzugehen«. ⁴ Da die EU faktisch weiterhin nichts unternimmt, um Italien zu entlasten, dürfte die Hilflosigkeit der Regierung angesichts steigender Migrationszahlen absehbar zu heftiger Kritik aus den eigenen Reihen führen.

Die pragmatische und ergebnisorientierte Außenpolitik von Giorgia Meloni in den ersten Monaten ihrer Regierungszeit, die darauf abzielt, die nationalen Interessen Italiens zu sichern und gleichzeitig enge Beziehungen zu wichtigen internationalen Partnern aufrechtzuerhalten, beruhigte erstaunlich schnell die Sorgen in der internationalen Presse vor einer Rückkehr des Faschismus. So bescheinigte Valerie Segond Giorgia Meloni am 30. Januar 2023 im *Figaro*, in den ersten 100 Tagen »keinen Fehler gemacht« zu haben. In ihrem Artikel betont sie die »spektakuläre« Steigerung von Melonis Popularität und bemerkt, dass die »sehr geschwächte« Opposition keinen Einfluss mehr auf ihre Politik habe und ihre Chancen, an der Macht zu bleiben, jeden Tag steigen. Meloni habe, so Segond, die provokativen Slogans, die ihren Stil in den letzten zehn Jahren prägten, abgelegt und stattdessen immer wieder betont, dass man »die Realität berücksichtigen« müsse, und sich klug an Mario Draghi angelehnt. Sie habe fast alle seine Politiken – auch mit Blick auf den Haushalt für 2023 – übernommen und auf Symbole verzichtet, die Brüssel irritierten. In der Außenpolitik habe sie sich klar an die Seite der NATO gestellt, die aktive Unterstützung Italiens für die Ukraine fortgesetzt und der Sympathie ihrer Verbündeten Matteo Salvini und Silvio Berlusconi für das Putin-Regime keinen Zentimeter nachgegeben. ⁵

Trotz dieser moderaten Politik, bei der die Wähler:innen der Regierungsparteien einige symbolische und finanzielle Kröten schlucken mussten, ist die Zustimmung zu Meloni als Regierungschefin Anfang März mit rund 60 Prozent sehr hoch, ⁶ und ihre Partei ist derzeit die führende politische Kraft. Das wurde am 13. Februar bei den Regionalwahlen in der Lombardei und Latium, in denen etwa ein Viertel der italienischen Bevölkerung lebt, mit 55 beziehungsweise 54 Prozent für das Mitte-Rechts-Bündnis

4 Taviani 2023.

5 Segond 2023; ähnlich Rüb 2023.

6 Antonini 2023.

bestätigt. Mit Latium verlor das Mitte-Links-Lager eine weitere Regionalregierung, sodass es jetzt nur noch in vier von 20 Regionen an der Macht ist.

2. Ein Ruck nach rechts? Ja und Nein

Folgt man maßgeblichen liberalen Kommentator:innen wie Stefano Folli, aber auch Matthias Rüb von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*,⁷ so hat Giorgia Meloni den inneren Frieden bislang nicht gefährdet und bleibt Italien eine parlamentarische Demokratie mit stabilen Institutionen. Gerade bei grundlegenden Themen wie der Außenpolitik und Wirtschaftsfragen erkenne Europa an – so Stefano Folli, dass es sich »nicht um eine Regierung von Barbaren an den Toren der EU handelt«.⁸ Der gleichen Meinung ist auch die Historikerin Simona Colarizi, die in einem Interview am Tag nach dem Wahlsieg Melonis keine Gefahr für die Demokratie sah. Im Gegenteil glaubte sie, »dass die europäischen und atlantischen Strukturen, die sich im Wesentlichen überschneiden, die Widerstandsfähigkeit der Demokratie gewährleisten können«.⁹ Zudem gehört Giorgia Meloni zur dritten Generation des *Partito della Fiamma*. Diese hat zwar die Flamme in den Nationalfarben im Parteilogo beibehalten, doch behauptet sie, den Neofaschismus von Giorgio Almirantes *Movimento Sociale Italiano* (MSI) und den Postfaschismus von Gianfranco Finis *Alleanza Nazionale* (seit 1995) hinter sich gelassen zu haben. Stattdessen beschreibt sich die dritte Generation als nationalkonservativ und afaschistisch,¹⁰ wenn auch keineswegs antifaschistisch, wie das Parteilogo zeigt.

Also »Ende gut, alles gut?« Ist das neofaschistische Gespenst verscheucht? Nicht ganz. Colarizi stellt das Wahlergebnis vom Oktober 2022 in einen breiteren internationalen Kontext, in dem »die technologische Revolution und die Veränderung der geopolitischen Gleichgewichte Ängste hervorrufen, die von den Rechten besser interpretiert werden, während die Linken stumm bleiben«.¹¹

Stellen die Wahlergebnisse also tatsächlich einen Rechtsruck in Italien und Europa dar? Diese Frage kann nur mit einem schwammigen »Jein« beantwortet werden. Einerseits reiht sich der Wahlsieg Melonis in eine europäische politische Verschiebung nach rechts ein, auch wenn Italien dabei

7 Rüb 2023.

8 Stefano Folli in De Palo 2023.

9 Simona Colarizi in Carioti 2022.

10 »Afaschistisch« (italienisch: afascista) in Analogie zu »ahistorisch« oder »atypisch« als nichtfaschistisch. Vgl. zum Beispiel www.quotidiano.net/cronaca/meloni-e-i-suoi-fratelli-la-generazione-afascista-1.8547913 (Zugriff vom 19.04.2023).

11 Simona Colarizi in Carioti 2022.

kein Vorreiter ist. Die Situation ist zwar von Land zu Land unterschiedlich, dennoch lässt sich eine allgemeine Tendenz feststellen, sich an konservative und autoritäre Traditionen der Vergangenheit zu erinnern, auch wenn der historische Faschismus überall tot ist. In Italien wird zum Beispiel immer häufiger und parteiübergreifend von einem dezisionistischen Präsidentialismus gesprochen, der ein Steckenpferd des MSI und der *Alleanza Nazionale* (AN) war, sowie von der Notwendigkeit, einen starken Mann (!) an der Spitze zu haben. In Spanien hat Vox einen franquistischen Hintergrund, während Marine Le Pen in Frankreich immer noch Erinnerungen an Vichy und die Vendée wachhält.

Andererseits ist es schwierig, von einem Rechtsruck in Italien zu sprechen, da die Regierung Meloni eine starke Kontinuität mit der politischen Kultur der letzten 30 Jahre, also seit dem Untergang der Parteien der Ersten Republik, aufweist. Die Italiener:innen haben eine kritische Haltung gegenüber Europa, verbunden mit dem Ehrgeiz, eine führende Rolle zu spielen. Gleichzeitig bestimmen konservative und traditionalistische Werte wie Ethnonationalismus, antiliberaler Katholizismus, Ressentiments gegen Politiker:innen in Verbindung mit dem Glauben an präsidialen Zentralismus, Antiglobalisierung und ein gewisser Antikapitalismus die Entscheidungen vieler Wähler:innen. Deshalb ist der Wahlsieg Melonis keine »historische Zäsur«,¹² kein Bruch im Sinne einer konservativ-nationalistischen Neupositionierung, sondern nur eine weitere Etappe der langanhaltenden Verschiebung *innerhalb* der Mitte-Rechts-Koalition. 2008 lag die Führung noch unangefochten bei Silvio Berlusconi, der auch 2013 die Nase vorne hatte (Salvini: acht Prozent; Meloni: zwei Prozent) – allerdings geschlagen von den anderen beiden politischen Blöcken – *Partito Democratico* (PD) und *Movimento 5 Stelle* (M5S), die jeweils 25,5 Prozent erreichten. 2017 lag dann Matteo Salvini (17 Prozent) knapp vor Berlusconi (14 Prozent) und *Fratelli d'Italia* (noch bei vier Prozent). 2022 gelang es Giorgia Meloni, die Reihenfolge entscheidend zu verändern: Sie gewann mit deutlichem Abstand vor ihren beiden Partnern. Diese Verschiebungen innerhalb des Mitte-Rechts-Lagers resultieren hauptsächlich aus Enttäuschung über die beiden alten Recken Berlusconi und Salvini, die in verschiedenen Regierungen »nicht geliefert« haben. *Fratelli d'Italia* profitierte außerdem davon, dass sie sich als einzige der Allparteienregierung unter »Super Mario« Draghi verweigert hatte. In ihr hatten sich alle Alphanime der italienischen Politik (Salvini, Berlusconi, Conte, Renzi, Di Maio, Calenda, Letta) unter einem weitgehend neoliberalen Programm zusammengeschlossen. Die Koalition scheiterte im Juli 2022 am Alleingang eines von ihnen (Renzi). Vor diesem Hintergrund hatte Meloni,

12 Vgl. Braun 2022.

auch als Frau, im Wahlkampf alle Trümpfe in der Hand, zumal es der Regierung Draghi im Januar 2022 trotz gegenteiliger Ankündigungen nicht gelungen war, erstmals eine Frau zur Präsidentin der Republik zu wählen. Stattdessen wurde der amtsmüde, 81-jährige Sergio Mattarella zur erneuten Kandidatur gedrängt. So kann Melonis durchschlagender Erfolg auch als Quittung der Wähler:innen für die Unfähigkeit aller übrigen Parteien interpretiert werden, in den Bereichen Arbeit, Familie, Bildung, Gesundheit, Klima und Sicherheit Antworten auf die Probleme der Gegenwart und der Zukunft zu formulieren sowie auf die Reformbedürftigkeit des Staates und seiner Strukturen adäquat zu reagieren.

Die Wählerwanderung, die Meloni zur ersten Ministerpräsidentin Italiens machte, ging ausschließlich zu Lasten der M5S. PD erzielte fast exakt dasselbe schlechte Ergebnis wie 2018 (+ 0,2 Prozent). Nimmt man das Mitte-Rechts-Lager als Ganzes, so hatte es 2008 mit 46,8 Prozent ein deutlich besseres Wahlergebnis als 2022 (43,8 Prozent), 2013 lag es bei 39,8 und 2018 bei 37,0 Prozent. Die vorübergehende Schwäche von Mitte-Rechts beruhte auf dem Höhenflug der M5S und nicht auf einer Stärke des Mitte-Links-Lagers. Die Frustration der Italiener:innen lässt sich allerdings daran ablesen, dass es im Unterschied zur Ersten Republik bei jeder Wahl hohe Gewinne und Verluste und alle fünf Jahre neue Hoffnungsträger gab: 2013 M5S (+ 25,6 Prozent), 2018 *Lega* (+ 12,6 Prozent) und nun Meloni und die *Fratelli d'Italia* (+ 21,6 Prozent).

Bereits 2020 wiesen die Mailänder Soziologen Ferruccio Biolcati, Giancarlo Rovati und Paolo Segatti in ihrem Buch auf die vielen Kontinuitäten in den politischen Präferenzen der Italiener:innen hin,¹³ die sie aus den Ergebnissen der European Values Study ableiteten, die seit 1981 alle neun Jahre den Werte- und Einstellungswandel in den europäischen Ländern erhebt. Nach dieser Studie ist die Wirtschaftspolitik eines der zentralen Themenfelder für die italienische Politik. In den 1980er Jahren war Italien von hoher Inflation und einem starken Anstieg der Staatsverschuldung betroffen. Die Regierung von Bettino Craxi verfolgte eine Liberalisierungspolitik, die zu einer Modernisierung und Öffnung der Wirtschaft führte. In den 1990er Jahren setzte Silvio Berlusconi auf eine ähnliche, liberale Strategie und förderte privatwirtschaftliche Initiativen. Ein weiteres Dauerthema ist die Korruption. 1992 deckten die unter dem Namen *Mari Pulite* (saubere Hände) geführten Ermittlungen der Justiz in allen damaligen Parteien (außer der kommunistischen) gewohnheitsmäßige Korruption auf. Die allgemeine Empörung darüber führte zum Niedergang aller Parteien der Ersten Republik. Das macht die 1991 als *Lega Nord* gegründete *Lega* zur heute tra-

13 Vgl. Biolcati et al. 2020.

ditionsreichsten Partei Italiens – abgesehen von Regionalparteien wie der Südtiroler Volkspartei. 1994 begann der Aufstieg Berlusconi.

Vordergründig kam es 1992–1994 zu einer Zeitenwende in der italienischen Politik, aber nicht zu einer tiefgreifenden, selbstkritischen Debatte in der Gesellschaft über die Ursachen der Korruption und andere Schwächen des politischen Systems. Trotz des Wunsches der Öffentlichkeit nach Transparenz und Integrität bleibt Korruption weit verbreitet. Die Bezeichnung neuer politischer Organisationen (neben den bereits erwähnten unter anderem *Federazione dei Verdi*, *Alleanza Democratica*, *Italia dei valori*) als Bewegung, Allianz, Föderation oder Ähnliches verdeutlicht die weiterhin schlechte Reputation von Parteien. Der Verhaltenskodex für Abgeordnete der M5S verbot bis 2018 sogar ausdrücklich, mit einer Partei Regierungsbündnisse einzugehen, da sie sich für die Abschaffung der parlamentarischen zugunsten einer direkten Demokratie einsetzen sollten.

Die einzige gegenläufige Entwicklung zur Parteienfeindlichkeit in der Zweiten Republik bildete 2007 die Gründung des PD aus Teilen des *Partito Comunista Italiano* (PCI) und der *Democrazia Cristiana*. Sein bestes Wahlergebnis erzielte er kurz nach der Gründung mit 33 Prozent (2008), unterlag aber Berlusconi's Mitte-Rechts-Bündnis. Seitdem ging es bergab, immer wieder schwächten Abspaltungen den PD zusätzlich. Im März 2023 versuchte die Partei nach der Schlappe vom vergangenen Jahr einen weiteren Neuanfang und wählte die 37-jährige Elly Schlein zur Vorsitzenden. Endlich steht eine junge Frau an der Spitze, nachdem in den letzten 15 Jahren alte Männer aus dem PCI dominiert haben – nur kurzzeitig unterbrochen vom neoliberalen *Shooting Star* Matteo Renzi, der die Partei allerdings 2019 verließ und mit *Italia Viva* eine Konkurrenz gründete, die bei den Wahlen 2022 immerhin auf 7,8 Prozent kam. Auch bei der Wahl ihres Schattenkabinetts setzte Schlein auf mehr Frauen und jüngere, »diversere« Politiker:innen.

Der Legitimationsverlust der Parteien ist eine der wichtigsten Konstanten in der italienischen Politik der letzten 30 Jahre. Er wurzelt in der Entfremdung der Gesellschaft von der Politik und in Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen, die zunehmend Vorwürfen von Ineffizienz und Korruption ausgesetzt sind. Dies liegt zum einen an einer sukzessiven Übertragung von Kompetenzen an die Europäische Union. Zum anderen haben die Parteien der Zweiten Republik trotz der systemischen »Revolution« von 1992/93 und trotz aller Wandlungen wieder die Funktionen der alten Parteien übernommen: Ressourcen verteilen, Interessengruppen integrieren, die peripheren Eliten mit dem Zentrum der Macht verbinden und Ähnliches. Zugleich haben die neuen Parteien aber fatalerweise keine soziale Funktion mehr wie einst der PCI oder die *Democrazia Cristiana*. Nicht nur weil sie nicht in der Lage sind, die neuen Gegensätze in der Gesellschaft in

parteinahen Milieus zu integrieren, sondern vor allem weil sie weniger die Repräsentanz breiter Bevölkerungsschichten als vielmehr vereinzelte Ziele und Ergebnisse anstreben. Die Fragmentierung der Interessen in ihren Zielsetzungen hat eine selbstreferentielle Dynamik in Gang gesetzt, die derjenigen der Vergangenheit sehr ähnelt: Trotz sinkender Legitimation haben die neuen Parteien wieder an Macht und Bedeutung gewonnen und die traditionelle Kluft zwischen Gesellschaft und politischer Elite (*classe politica*) noch vertieft. In den ersten zehn Jahren der Zweiten Republik (1997–2008) hatten noch ca. 20 Prozent der Italiener:innen Vertrauen in die Parteien, 2013 nur noch elf Prozent. Deutlich mehr Vertrauen genießen laut einer Umfrage von Eurisko aus dem Jahr 2014 Polizei und Armee, die mit 66 Prozent auf dem ersten Platz stehen, gefolgt von der katholischen Kirche mit 54 Prozent. Deshalb stimmten so viele für populistische, antielitäre Bewegungen wie M5S. Und deshalb ist die Volatilität der Wählerschaft, die Ilvo Diamanti als zentrales Merkmal der Zweiten Republik definierte, seit 2013 fast so groß wie 1994. Damals erreichte sie 40 Prozent, 2013 wechselten 37 Prozent der Wähler:innen die Partei, 2018 waren es 27 und 2022 wieder 32 Prozent.¹⁴ Seit 1979 sinkt zudem die Wahlbeteiligung, wenn auch deutlich langsamer als im Rest Europas. Vor 1979 lag sie über 90 Prozent und verringerte sich nach und nach auf 64 Prozent im Jahr 2022.

Die bereits thematisierte Verlagerung des politischen Diskurses auf anti-systemische und populistische Argumente spiegelt sich im Wahlerfolg entsprechender Formationen, deren Anteil von elf Prozent im Jahr 1992 auf 33 Prozent im Jahr 2013 stieg. Bei den Wahlen 2018 konnte *Movimento 5 Stelle* mit 32,7 Prozent einen aufgrund der Stimmung im Lande erwarteten grandiosen Sieg holen – mit fast exakt demselben Ergebnis wie Meloni. Allerdings hatte M5S 2018 – anders als Meloni 2022 – nicht als Teil einer Parteienkoalition gesiegt, sondern alleine. Nachdem die Fünf Sterne ihren Verhaltenskodex, der ja den Eintritt in eine Regierung verbot, revidiert hatten, verhandelten sie mit beiden unterlegenen Parteienkoalitionen, erzielten jedoch weder mit Mitte-Rechts (*Lega*, *Forza Italia* und kleinere Parteien) noch mit Mitte-Links (PD und kleinere Parteien) eine Einigung. Innerhalb des Mitte-Rechts-Bündnisses wollte *Lega* mit M5S koalieren, aber Berlusconi legte ein Veto ein. Da Staatspräsident Sergio Mattarella nicht bereit war, Neuwahlen auszuschreiben, gab Berlusconi schließlich seinen Widerstand auf, und am 1. Juni 2018 nahm eine Regierung der populistischen Parteien M5S und *Lega* unter der Leitung des parteilosen Juraprofessors Giuseppe Conte die Arbeit auf. Schon diese Regierungsbildung verdeutlichte, dass M5S nicht linkspopulistisch war – was sich aber in der deut-

14 Vgl. Bordignon et al. 2018.

schen Wahrnehmung hartnäckig hält. Es kam zu zahlreichen Konfrontationen mit Brüssel, da die Regierung neue Schulden aufnahm, um das Wahlversprechen der M5S einzulösen und ein Bürgergeld (*reddito di cittadinanza*) für Bedürftige in Höhe von 780 Euro monatlich für Alleinstehende und 1.280 Euro für Paare einzuführen, und da auch *Lega* gegen jede Einmischung von außen opponierte. Zudem kam es zu einer ersten Welle der Zurückweisung von Flüchtlingsbooten und der Verfolgung von Rettungsinitiativen mit allerlei hässlichen Begleiterscheinungen und wohlfeiler Empörung in europäischen Medien. Die populistische Regierung hielt nur gut ein Jahr. Im August 2019 ließ Salvini sie platzen. Er war beflügelt von guten Umfragewerten aufgrund seiner extrem migrationsfeindlichen, oft rassistischen Rhetorik, die in etwa die Höhe des Meloni-Erfolgs vom letzten Herbst erreichten. Mattarella verweigerte jedoch ein weiteres Mal Neuwahlen und beauftragte erneut Conte mit der Regierungsbildung. Bis Anfang September einigte sich M5S mit dem *Partito Democratico* und einer linken Liste auf eine Koalition. Für diesen Zickzackkurs zahlte M5S allerdings einen hohen Preis durch Austritte oder Ausschlüsse von Dissident:innen – bis hin zur Niederlage im letzten Oktober.

3. Die Rechte in Italien

Der Erfolg der *Fratelli d'Italia* ist also nicht überraschend. Er folgt auf die Dominanz wechselnder Mitte-Rechts-Koalitionen um Berlusconi, die in den letzten 30 Jahren die meisten Wahlen gewonnen haben. Obwohl Italien mehr als 50 Jahre lang die größte kommunistische Partei im Westen hatte, war es – abgesehen von einer kurzen Phase in den 1970er Jahren – strukturell immer rechtsorientiert. Die italienische Gesellschaft war stets mehrheitlich antikommunistisch, prokapitalistisch, katholisch und durch konservative Vorstellungen über Familie, Geschlechterrollen und die soziale Ordnung geprägt. Die in der Ersten Republik dominante *Democrazia Cristiana* integrierte neben einem moderaten, klassenübergreifenden katholischen Milieu (von Gewerkschafter:innen bis zu Bauern und Unternehmer:innen) auch eine breite bürgerlich-konservative Schicht, die sich als antikommunistisch verstand und einem autoritär-traditionellen Katholizismus anhing. Es handelte sich um dieselbe bürgerliche Rechte, vor allem in der Mittelschicht, auf die das faschistische Regime in den Jahren des Konsenses seine Hegemonie stützte. In den 1990er Jahren bildete diese Schicht eine wichtige Basis für den Aufstieg von Berlusconi. Damit entstand eine neue konservative Rechte, die zum ersten Mal in der Geschichte der Republik auch regierungsfähig war. Berlusconi mobilisierte eine »untergründige« konservative Strömung in der Gesellschaft, die bis dahin politisch kaum sichtbar war.

Zu dieser Zeit hatte die *Lega Nord* unter ihrem Gründer Umberto Bossi noch eine antifaschistische Ausrichtung, die unter Matteo Salvini komplett verschwand.

In der Ersten Republik bezogen sich alle an Regierungen beteiligten Parteien und die größte Oppositionspartei PCI auf den Antifaschismus der *Resistenza*. Lediglich die Neofaschist:innen standen außerhalb dieses häufig beschworenen Konsenses. Seit 1991 machte Gianfranco Fini aus dem MSI eine postfaschistische, regierungsfähige Partei. Schon zu den Wahlen im März 1994, die den völligen Umbruch des italienischen Parteiensystems brachten, kandidierte der MSI unter dem Namen *Alleanza Nazionale* (AN). Damit waren nicht nur alle Regierungsparteien der Ersten Republik, sondern war auch das neofaschistische Schmutzkind offiziell verschwunden. In Südalien, wo die extreme Rechte immer die besten Ergebnisse erzielte, nahmen Berlusconi's *Forza Italia* und kleine christdemokratische Parteien die AN sogar in das Mitte-Rechts-Bündnis auf – im Norden verbanden sie sich mit *Lega Nord*, sodass die AN allein kandidieren musste. Dank der neuen Strategie und des Endes der Ausgrenzung errang sie mit 13,5 Prozent der Stimmen und 110 Sitzen – mehr als dreimal so viel wie 1992 – einen fulminanten Erfolg. Dabei hatten sich weder Personal noch Programm, sondern vor allem die *Performance* geändert. Und zum ersten Mal seit 1945 war MSI/AN Teil einer Regierungskoalition. Damit begann für die extreme Rechte eine erfolgreiche Phase, die bis heute anhält. Bis dahin wurde sie als das fundamentale Andere zur republikanischen Kultur betrachtet, obwohl der MSI immer mit mehr als fünf Prozent im Parlament vertreten war und in seinen Hochburgen in Süd- und Mittelitalien deutlich höhere Ergebnisse erzielte. Im Europäischen Parlament bildete er zudem seit den 1980er Jahren eine feste Referenzgröße für die rechte Internationale.

Der Bruch des antifaschistischen Gründungskonsenses der Republik Italien, der längst zur Fassade degeneriert war, bildete einen wesentlichen Grund für das große Misstrauen, mit dem große Teile der europäischen Öffentlichkeit auf die erste Regierung Berlusconi reagierten. Die neue Regierungsformel scheiterte aber schnell am Widerspruch zwischen dem Zentralismus von AN und dem Antizentralismus der *Lega Nord*. Nach acht Monaten ließ *Lega*-Chef Umberto Bossi die Koalition platzen. Trotz des Ausscheidens aus der Regierung setzte AN-Chef Fini seinen Erneuerungskurs fort und gründete Ende Januar 1995 die AN als eine demokratisch-konservative Partei, die sowohl offen für eine europäische Einigung als auch in der Lage sein sollte, die Besonderheit Italiens und seine kulturellen und religiösen Traditionen zu bewahren. Der Erfolg gab ihm Recht: Bei den Wahlen 1996 gewann AN noch einmal 2,2 Prozent hinzu und kam im Bündnis mit *Forza Italia* und kleineren Rechtsparteien auf knapp 44 Pro-

zent. Doch da *Lega Nord* das Mitte-Links-Bündnis unterstützte, musste die Rechte in die Opposition gehen. Erst fünf Jahre später konnte sie erneut – nun wieder mit *Lega Nord* als Bündnispartner – die Wahlen gewinnen, sodass 2001 bis 2006 und 2008 bis 2011 wieder Mitte-Rechts-Bündnisse unter Berlusconi regierten.

Insgesamt erfuhr Italien 1994, zusammen mit der »Entdeckung« der Rechten, dass die antifaschistische Narration der PCI und die antikommunistische Praxis der *Democrazia Cristiana* während der Ersten Republik als Grundlage für die Verdrängung einer Aufarbeitung des Faschismus fungiert hatten. Dass die AN seit 1995 im Mitte-Rechts-Spektrum verortet wurde, resultierte nicht aus einer Auseinandersetzung mit dem historischen Faschismus, sondern aus ihrer Abgrenzung von der rechtsextremen Splittergruppe *Movimento Sociale-Fiamma Tricolore*, die faschistische Traditionalist:innen im Anschluss an den Gründungskongress von AN gegründet hatten.

Dank einer klaren atlantischen Positionierung in der Außenpolitik und einer neo-gaullistischen Profilierung in der europäischen politischen Landschaft wurde das konservative Projekt Gianfranco Finis von der Öffentlichkeit spätestens nach dem ersten programmatischen Parteitag 1998 in Verona mehr präsidentiell als autoritär wahrgenommen. Die Rechte und ihre Überzeugungen gewannen an politischem Gewicht und wurden, bedingt durch die vielen AN-Politiker:innen in den Berlusconi-Kabinetten (2001–2006 und 2008–2011), salon- und – in der Fernsehrepublik Italien noch wichtiger – talkshowfähig. Dadurch erreichten nicht nur konservative Intellektuelle eine in der Vergangenheit undenkbbare Sichtbarkeit, sondern wurden auch neue und alte Akteur:innen der radikalen Rechten im öffentlichen Diskurs legitimiert, wie Francesco Storace, Gianni Alemanno sowie aus der *Lega Nord* Roberto Calderoli und Mario Borghezio.

Während der Regierungsjahre Berlusconis »gewöhnte« sich Finis Rechte langsam an die immanente Logik von Allianzen, Kompromissen und »politischer Notwendigkeit« des Bipolarismus. Daraus folgten aber nicht nur Popularität und Wahlerfolge, sondern auch ein immer größer werdender Riss zwischen der national-konservativen Führung der Partei und ihrer neo-faschistischen Basis, die xenophob, kommunitaristisch und nationalistisch orientiert ist. 61 Prozent der AN-Lokalpolitiker:innen meinten 1998 in einer Umfrage, dass der Faschismus »insgesamt ein gutes Regime war«. Trotz aller Veränderungen beim Übergang vom MSI zur AN blieb Mussolini die wichtigste Referenz für lokale Parteikader und einen großen Teil der nationalen Führung. Denn auch 2003 gab es keine explizite Verurteilung des Faschismus innerhalb der AN. Immerhin kam es im November 2023 zu einer Reise des damaligen Vizepräsidenten des Ministerrats Gianfranco Fini nach Israel, wo er Antisemitismus und die antijüdischen Verfolgungen

des Regimes als »schändlich« bezeichnete. Einerseits provozierten seine Äußerungen eine Abspaltung am rechten Rand unter Alessandra Mussolini, andererseits unterstrich dieses Ereignis einmal mehr das hoch ambivalente Verhältnis der Partei zum Faschismus. Wenn in den frühen Jahren das Thema durch die Parole liquidiert wurde, dass »der Faschismus 1945 zusammengebrochen« sei und die Geschichte ihr Urteil fällen werde, nutzte die Partei nun Finis umstrittenen Sprung nach vorne, um derselben Parole einen neuen Sinn zu geben. Nachdem für viele Rechenschaft »endlich« abgelegt war, forderten sie als nächstes eine Differenzierung zwischen den »Verbrechen« und den »Verdiensten« des Regimes, das heißt eine weitere Verharmlosung des historischen Faschismus. Eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit unterblieb.

Die postfaschistische und konservative Erfahrung von *Alleanza Nazionale* endete im März 2009, als sich die Partei auflöste und mit Berlusconi's *Forza Italia* zusammen *Popolo della Libertà* gründete. Schon ein Jahr später brach Gianfranco Fini mit Berlusconi und gründete eine neue Partei, die erfolglos blieb. Beide wurden zerrieben zwischen der Übermacht Berlusconi's als *Leader* seines Regierungsbündnisses und der Neuerfindung der *Lega* durch Matteo Salvini, der das separatistische Programm weitgehend aufgab (im Parteinamen entfiel *Nord*) und *Lega* zu einer xenophoben, in ganz Italien kandidierenden rechtspopulistischen Partei machte. Zusammen mit *Fratelli d'Italia*, die Giorgia Meloni und andere Nationalkonservative Ende 2012 gegründet hatten, nutzte Salvini die Radikalisierung der Mittelschicht in der seit 2008 anhaltenden schweren ökonomischen Krise Italiens zwischen 2013 und 2019 zu einer »Re-Faschisierung« des politischen Diskurses von unten.

Bereits die vorletzten Wahlen (2018) waren durch den Faktor »Faschismus« geprägt und polarisiert worden. Das Thema Faschismus war der große Protagonist im gesamten Wahlkampf. Dabei sind die »guten Seiten« Mussolinis und seines Regimes wieder zu Kernelementen eines vermeintlich konservativen Denkens geworden. Im politischen System der Nachkriegszeit, in dem sich die kommunistische Linke und die christdemokratische Mitte gegenüberstanden, wurden bis in die 1990er Jahre die Argumentationsmuster der Rechten entweder ausgeblendet oder an den Rand des Sagbaren verbannt. Grundlage dessen war die Fiktion eines *per se* antifaschistischen Italiens, in dem die antifaschistische Narration nur ideologisch und nicht bildungspolitisch entwickelt und fundiert wurde. Die aus der *Resistenza* hervorgegangenen Parteien haben die Demokratie gegründet und die Italiener:innen zur Demokratie erzogen, aber sie haben sie nicht dazu erzogen, kulturell keine Faschist:innen mehr zu sein. Denn bereits 1994 war die Empörung über Berlusconi's Tabubruch, mit den Neofaschist:innen zu koalieren, begrenzt. Im Gegenteil realisierte sich für viele mit dem Einzug

Berlusconi in die politische Arena (und mit der Regierungsbeteiligung der AN) die Möglichkeit, nach all den Jahren der gefühlten Marginalisierung als »schweigende Mehrheit« die *res publica* von rechts erobern zu können. Sie konnten nun Themen wie die nationale Identität jenseits der republikanischen Gründungsmythen, die Legitimität eines Anti-Antifaschismus, Religion als identitäres Element und Bedrohung für die innere Sicherheit auf die politische Agenda setzen. Mit dem Ende der großen Integrationsparteien *Democrazia Cristiana* und PCI und dem langsamen Verschwinden der großen politisch-moralischen Milieus (vor allem des katholischen und des marxistischen) ließ auch die (eher schwache) *damnatio memoriae* des Faschismus nach. Durch eine Welle des politischen Revisionismus fielen mit der Enttabuisierung der faschistischen Vergangenheit sowohl in der medialen Öffentlichkeit als auch im Alltagsgespräch zum Beispiel alle Bedenken nach und nach weg, Sympathien für den Faschismus zu bekennen oder der xenophoben Argumentation vor allem der *Lega Nord* öffentlich zuzustimmen. Schließlich sind seit 2007, im Kontext der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie 2015 mit der sogenannten Migrationskrise und 2020–2021 in der Corona-Krise, für die Wählerschaft die radikalen Lösungsangebote der rechtspopulistischen und nationalkonservativen Parteien *Fratelli d'Italia* und *Lega* zu einer realen und greifbaren Option geworden. Diese Option wurde 2018 durch den Wahlerfolg der *Lega* und 2022 durch den Sieg von *Fratelli d'Italia* bestätigt.

Im Wahlkampf 2022 bemühte sich Giorgia Meloni jedoch, wie oben bereits angesprochen, ihre Partei als die dritte Generation der Nationalkonservativen in Italien und ihre Positionen eher im Feld des »Afaschismus« als des Neofaschismus zu verorten. Bereits im Vorfeld hatte Meloni in mehreren Interviews betont, dass ihre Partei keine nostalgischen Anhänger:innen des Faschismus dulde. Sie habe den Faschismus »der Geschichte überantwortet« und sei für eine offene Diskussion über die Geschichte des Landes, einschließlich der Fehler und Leistungen des Faschismus. Viele werfen ihr jedoch vor, dass sie sich nicht klar genug von der faschistischen Ideologie distanzieren und dass ihre Partei immer noch Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppen habe. Ihr Parteifreund Ignazio La Russa, ein inzwischen 71-jähriger Militanter aus dem MSI, der mit Meloni zusammen *Fratelli d'Italia* gegründet hat und nun Präsident des Senats ist, meinte unlängst, alle Italiener:innen seien »Erben des Duce«. ¹⁵

Der Befund ist also ambivalent. Der Wahlsieg von *Fratelli d'Italia* ist ein Produkt der langanhaltenden Wirtschaftskrise, des Gefühls, mit unkontrollierter Einwanderung und vielen anderen Krisen (Staatsschulden, Corona)

15 Casoni 2022.

von den europäischen Partnern allein gelassen zu werden, sowie der allgemeinen Krise der Demokratie. Die extreme Rechte zu wählen ist für mehr als zwölf Millionen Italiener:innen kein Tabu mehr. Unbestreitbar erfüllt Meloni bisher deren Erwartungen. Sie hat gute Berater:innen, sie kann sehr volksnah reden, sie hat bisher keine großen Fehler gemacht. Bereits im Wahlkampf hat Meloni die traditionelle Parteibasis mit ideologischen *Keywords* getriggert und konservative Wechselwähler:innen mit Bekenntnissen zu Verfassung, NATO und Unterstützung der Ukraine beruhigt. Daran fühlt man sich erinnert angesichts ihres insgesamt maßvollen Starts als Regierungschefin. Verhehlt sie ihre wahren Absichten oder hat sie nur die Entwicklung so vieler ideologisch geprägter Politiker:innen zur Realpolitik durchlaufen? Ist sie auf dem Weg zu einer integrativen Politik im Stil der *Catch all*-Partei *Democrazia Cristiana*? Interessant werden die offiziellen Aussagen und Inszenierungen am 25. April, dem Nationalfeiertag, an dem die Befreiung vom Faschismus und die *Resistenza* gefeiert werden. Vielleicht klärt Meloni dann ihre aktuelle politisch-ideologische Haltung; wahrscheinlicher aber ist, dass sie an der Vieldeutigkeit und Vorsicht festhält, mit der sie bisher so gut gefahren ist. Eines aber ist sicher: Viele deutsche Italophile müssen sich endlich von der Illusion verabschieden, Italien sei rot. *Bella, ciao!*

Nachtrag vom 26. April 2023: Führende *Fratelli d'Italia*-Politiker:innen bestätigen zum 25. April 2023 das ambivalente Bild: Einerseits attackierten führende Vertreter:innen der Meloni-Partei eine prominente Journalistin der RAI wegen kritischer Äußerungen, wie die neue Rechtsregierung den 25. April politisch bewerte, und forderten eine stärkere Kontrolle der Regierung über Radio und TV. Andererseits publizierte die Ministerpräsidentin einen sehr geschickten und interessanten Namensartikel im *Corriere de la Sera*. Darin lobt sie einerseits in den üblichen antifaschistischen Floskeln den Widerstand, die aus ihm entstandene Demokratie und die Verfassung. Andererseits erwähnt sie, was die Rechte mit dem 25. April verbindet: dass es sich um einen Bürgerkrieg mit kommunistischen »Massakern« gehandelt habe, dass Italiener:innen aus den besetzten Gebieten Jugoslawiens vertrieben wurden etc., und kritisiert die Ausgrenzung der Rechten bei der Beschwörung der antifaschistischen Tradition. Sie präsentiert sich als Landesmutter, die solche Spaltungen überwinden will, erinnert aber abschließend an die 100-jährige Paola Del Din, eine Symbolfigur des antikommunistischen Flügels der *Resistenza*.¹⁶

16 Vgl. Meloni 2023.

Literatur

- Antonini, Roberto 2023. »Sondaggio Dire-Tecnè, altro calo di consensi per Meloni e il Governo. Il Pd stacca il M5S«, in *Dire – Agenzia Di Stampa Nazionale* vom 4. März 2023. www.dire.it/04-03-2023/880003-sondaggio-dire-tecne-meloni-governo-partiti/ (Zugriff vom 19.04.2023).
- Biolcati, Ferruccio; Rovati, Giancarlo; Segatti, Paolo 2020. *Come cambiano gli italiani. Valori e atteggiamenti dagli anni Ottanta a oggi*. Bologna: Il Mulino.
- Bordignon, Fabio; Ceccarini, Luigi; Diamanti, Ilvo 2018. *Le divergenze parallele. L'Italia: dal voto devoto al voto liquido*. Bari, Rom: Editori Laterza.
- Braun, Michael 2022. »Wahlen in Italien: Disastro italiano«, in *die tageszeitung* vom 26. September 2022. <https://taz.de/Wahlen-in-Italien!/5880124/> (Zugriff vom 19.04.2023).
- Carioti, Antonio 2022. »Ma l'Italia è sempre stato un Paese di destra?«, in *Corriere Della Sera* vom 31. Oktober 2022. www.corriere.it/politica/22_ottobre_31/ma-l-italia-sempre-stato-paese-destra-17a72de4-5509-11ed-9aa3-c0d791a13b03.shtml (Zugriff vom 19.04.2023).
- Casoni, Giampiero 2022. »Ignazio La Russa contro Michele Emiliano: ›Siamo tutti eredi del Duce‹«, in *Notizie* vom 15. September 2022. www.notizie.it/ignazio-la-russa-contro-michele-emiliano-siamo-tutti-eredi-del-duce/ (Zugriff vom 19.04.2023).
- De Palo, Francesco 2023. »Il pragmatismo di Meloni che convince Ue e Usa. L'analisi di Folli«, in *formiche.net* vom 26. Februar 2023. <https://formiche.net/2023/02/giorgia-meloni-ue-e-usa-analisi-di-folli/> (Zugriff vom 19.04.2023).
- Meloni, Giorgia 2023. »Il 25 aprile sia la festa della libertà: i valori democratici ora difendiamo in Ucraina. Fascismo, noi incompatibili con qualsiasi nostalgia«, in *Corriere Della Sera* vom 25. April 2023. www.corriere.it/politica/23_aprile_25/giorgia-meloni-25-aprile-96d0cd14-e2d5-11ed-ab75-b8a1ffdbb100.shtml (Zugriff vom 26.04.2023)
- Rüb, Matthias 2023. »Melonis Höhenflug«, in *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 19. Februar 2023.
- Segond, Valerie 2023. »En Italie, le parcours sans faute de Giorgia Meloni après 100 jours de pouvoir«, in *Le Figaro* vom 29. Januar 2023. www.lefigaro.fr/international/en-italie-100-jours-de-pouvoir-de-georgia-meloni-marques-par-le-pragmatisme-20230129 (Zugriff vom 19.04.2023).
- Taviani, Giulia 2023. »Ursula von der Leyen: ›Come europei abbiamo il dovere morale di evitare tragedie come quella di Cutro‹«, in *Corriere Della Sera* vom 7. März 2023. www.corriere.it/cronache/23_marzo_07/von-der-leyen-evitare-tragedie-cutro-0b46a876-bd10-11ed-b743-21e74a13bd9b.shtml (Zugriff vom 24.04.2023).

Zusammenfassung: Der Artikel analysiert die Leistung von Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, Vorsitzende der Partei *Fratelli d'Italia*, nach fünf Monaten im Amt. Die kritische Haltung des Landes gegenüber Europa und der Wunsch nach einer starken Führungspersonlichkeit spiegeln einen allgemeinen Trend der konservativen und autoritären Nostalgie in ganz Europa wider. Ethnonationalismus, antiliberaler Katholizismus, Ressentiments gegen Politiker:innen und Antikapitalismus prägen die Entscheidungen vieler Wähler:innen. Trotz aller Bedenken bleibt Italien eine parlamentarische Demokratie mit stabilen Institutionen, und Melonis Sieg ist eine Fortsetzung der langjährigen Verschiebung innerhalb der Mitte-Rechts-Koalition, kein historischer Bruch oder eine konservativ-nationalistische Neupositionierung.

Stichworte: Giorgia Meloni, Italien, politisches System, Neofaschismus, parlamentarische Demokratie, Rechtsruck, Europakritik, Konservatismus

Giorgia Meloni and the Shift to the Right in Italy: An Analysis Five Months After the Election

Summary: The article analyzes the performance of Italy's Prime Minister, Giorgia Meloni, leader of the Fratelli d'Italia party, after five months in office. The country's critical attitude towards Europe and the desire for a strong leader reflect a general trend of conservative and authoritarian nostalgia throughout Europe. Ethno-nationalism, anti-liberal Catholicism, resentment against politicians, and anti-capitalism shape the decisions of many voters. Despite all the misgivings, Italy remains a parliamentary democracy with stable institutions, and Meloni's victory is a continuation of the long-standing shift within the center-right coalition, not a historical break or conservative-nationalist repositioning.

Keywords: Giorgia Meloni, Italy, political system, neo-fascism, parliamentary democracy, shift to the right, criticism of Europe, conservatism

Autoren

Massimiliano Livi
Neuere Geschichte
Universität Trier
Universitätsring 15
54296 Trier
Deutschland
livi@uni-trier.de

Christian Jansen
Neuere Geschichte
Universität Trier
Universitätsring 15
54296 Trier
Deutschland
jansen@uni-trier.de